



Beschluss

Az. BK6-17-248

In dem Verwaltungsverfahren

wegen: Genehmigung des Vorschlages der Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) der Gebotszonengrenze Deutschland/Luxemburg - Frankreich für Nominierungsvorschriften für physikalische Übertragungsrechte gemäß Art. 36 der Verordnung (EU) 2016/1719 der Kommission vom 26. September 2016 zur Festlegung einer Leitlinie für die Vergabe langfristiger Kapazität

der Amprion GmbH, Rheinlanddamm 24, 44139 Dortmund, gesetzlich vertreten durch die Geschäftsführung

– Antragstellerin zu 1 –

der TransnetBW GmbH, Pariser Platz- Osloer Straße 15-17, 70173 Stuttgart, vertreten durch die Geschäftsführung

– Antragstellerin zu 2 –

hat die Beschlusskammer 6 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, gesetzlich vertreten durch ihren Präsidenten Jochen Homann,

durch ihren Vorsitzenden Christian Mielke,
ihren Beisitzer Dr. Jochen Patt
und ihren Beisitzer Jens Lück

am 18.04.2018 beschlossen:

1. Der angehängte Vorschlag der Antragstellerin zu Nominierungsvorschriften für physikalische Übertragungsrechte an der Gebotszonengrenze Deutschland/Luxemburg – Frankreich wird genehmigt.
2. Ein Widerruf bleibt vorbehalten.
3. Eine Kostenentscheidung bleibt vorbehalten.

Gründe

A.

Das vorliegende Verwaltungsverfahren betrifft die Genehmigung eines gemeinsamen Vorschlages der ÜNB der Gebotszonengrenze Deutschland/Luxemburg – Frankreich (DE/LU – FR) zu Nominierungsvorschriften für physikalische Übertragungsrechte gemäß Art. 36 VO (EU) 2016/1719 der Kommission vom 26. September 2016 zur Festlegung einer Leitlinie für die Vergabe langfristiger Kapazität (im Weiteren „FCA-VO“).

Das Ziel der FCA-VO besteht in der Koordination und Harmonisierung der Berechnung und Vergabe von langfristiger zonenübergreifender Kapazität in den Märkten für Kapazität im Jahres- und Monats-Marktzeitbereich. Um dieses Ziel zu erreichen, sieht die FCA-VO harmonisierte Vergabevorschriften für langfristige Übertragungsrechte („HAR“¹) und die Einrichtung einer europäischen Plattform für die Vergabe langfristiger Kapazität („zentrale Vergabepattform“ bzw. „SAP“²) durch die ÜNB vor. Darüber hinaus definiert die FCA-VO Anforderungen an die ÜNB zur Zusammenarbeit in den Kapazitätsberechnungsregionen, auf europaweiter Ebene und über Gebotszonengrenzen hinweg.

¹ HAR: Harmonized Allocation Rules – ACER-Entscheidung 03/2017 vom 02.10.2017.

² SAP: Single Allocation Platform – Genehmigungsentscheidung BK6-17-030 am 23.11.2017.

Werden an einer Gebotszonengrenze langfristige Kapazitätsrechte vergeben, können die ÜNB diese gemäß Art. 31 FCA-VO als physikalische Übertragungsrechte (PTRs³) oder als finanzielle Übertragungsrechte (FTRs⁴) ausgeben.

Das physikalische Übertragungsrecht gibt dem Inhaber das Recht, elektrischen Strom in einer bestimmten Menge während eines bestimmten Zeitraums zwischen zwei Gebotszonen in eine bestimmte Richtung physikalisch zu übertragen (vgl. Art. 2 HAR - ACER-Entscheidung 03/2017 vom 02.10.2017). Die physikalische Nutzung aller oder eines Teils der PTRs muss der Inhaber durch Nominierung der Übertragungsrechte bzw. durch das Anmelden der Fahrpläne anzeigen.

Erfolgt die Kapazitätsvergabe an einer Gebotszonengrenze dagegen über FTRs, erhalten die Rechteinhaber als Gegenleistung für den Erwerb des FTR eine finanzielle Vergütung auf Grundlage der Day-Ahead-Marktpreisdifferenzen zwischen den Gebotszonen beiderseits der Gebotszonengrenze während eines bestimmten Zeitraums für eine bestimmte Handelsrichtung (vgl. Art. 2 HAR - ACER-Entscheidung 03/2017 vom 02.10.2017). Eine Fahrplananmeldung zur Nutzung des Übertragungsrechts ist nicht mehr erforderlich – anders als bei den PTR. Ein PTR berechtigt somit den Inhaber des Rechts, tatsächlich Strom zwischen zwei Gebotszonen zu übertragen, wohingegen ein FTR den Inhaber lediglich finanziell dem Inhaber eines PTR gleichstellt.

Am 20.10.2017 haben die Regulierungsbehörden der Kapazitätsberechnungsregion CORE (CCR CORE⁵) auf Basis des Art. 31 FCA-VO über die regionale Ausgestaltung der langfristigen Übertragungsrechte an den Gebotszonengrenzen entschieden. Demnach werden an der Grenze DE/LU – FR PTRs gemäß dem Use-it-or-sell-it (UIOSI) - Prinzip⁶ vergeben.

Gemäß Art. 36 Abs. 2 S. 1 FCA-VO erarbeiten alle ÜNB, die PTRs an einer Gebotszonengrenze ausgeben, spätestens zwölf Monate nach Inkrafttreten der FCA-VO einen Vorschlag zu Nominierungsvorschriften für Stromaustausch-Fahrpläne zwischen Gebotszonen (im Weiteren „Vorschlag zu Nominierungsvorschriften“) und übermitteln diesen den relevanten Regulierungsbehörden zur Genehmigung. Mit E-Mail vom 18.10.2017 haben die Antragstellerinnen der Beschlusskammer einen Vorschlag zu Nominierungsvorschriften gemäß Art. 36 Abs. 2 FCA-VO zur Genehmigung vorgelegt.

³ PTRs: Physical Transmission Rights.

⁴ FTRs: Financial Transmission Rights.

⁵ Die CCR (Capacity Calculation Region) CORE wurde durch die Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER) mit Beschluss 06-2016 vom 17.11.2016 festgelegt. Die CCR CORE besteht aus den Staaten Niederlande, Belgien, Luxemburg, Frankreich, Deutschland, Österreich, Polen, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Kroatien, Rumänien und Ungarn.

⁶ UIOSI-Prinzip: Nominiert der Rechteinhaber sein PTR bis zum festgelegten Zeitpunkt nicht, wird das jeweilige Übertragungsrecht auf dem Day-Ahead-Markt angeboten. Der Inhaber erhält als Vergütung für die nicht genutzten Rechte die Preisdifferenz der beiden Day-Ahead-Märkte für die jeweilige Richtung des PTRs.

Mit Datum vom 17.10.2017 hat die französische Regulierungsbehörde CRE den Antrag erhalten⁷.

Der Vorschlag zu Nominierungsvorschriften wurde am 02.11.2017 im Amtsblatt der Bundesnetzagentur bekannt gegeben und auf der Internetseite der Bundesnetzagentur veröffentlicht. Es wurde eine Stellungnahmefrist von vier Wochen bis zum 30.11.2017 eingeräumt. Die Bundesnetzagentur hat keine Stellungnahmen erhalten. Vor der Antragstellung war der Vorschlag zu Nominierungsvorschriften auch Gegenstand einer von ENTSO-E⁸ gemäß Art. 6 FCA-VO durchgeführten öffentlichen Konsultation im Zeitraum zwischen 27.06.2017 und 18.08.2017. Auch im Rahmen dieser Konsultation sind keine Stellungnahmen eingegangen.

Der von den ÜNB der Gebotszonengrenze DE/LU – FR vorgelegte gemeinsame Vorschlag zu Nominierungsvorschriften umfasst im Einklang mit Art. 36 Abs. 2 S. 3 FCA-VO

- die Berechtigung eines Inhabers von PTRs zur Nominierung von Stromaustausch-Fahrplänen (vgl. Art. 4),
- technische Mindestanforderungen für die Nominierung (vgl. Art. 5),
- eine Beschreibung des Nominierungsverfahrens (vgl. Art. 6),
- einen Nominierungszeitrahmen (vgl. Art. 7) und
- das Format der Nominierung und der Kommunikation (vgl. Art. 8).

Gemäß Art. 4 des Vorschlags zu Nominierungsvorschriften können PTRs von deren Inhabern (zur Nominierung berechtigte Personen) nominiert werden, wenn sie einen Bilanzkreisvertrag mit dem jeweiligen ÜNB abgeschlossen haben bzw. zusätzlich im Fall der Nominierung nach Frankreich die französischen Import-/Exportvorschriften in der aktuell anwendbaren Fassung unterzeichnet haben. Als technische Mindestanforderung müssen PTR-Inhaber über einen Internetzugang verfügen und bei Nominierung nach Frankreich auf das Informationssystem des französischen ÜNB (RTE) zu den dafür definierten IT-Vorschriften zugreifen (vgl. Art. 5). Die zur Nominierung berechtigten Personen müssen die Stromaustausch-Fahrpläne vor Ablauf der Frist zur langfristigen Nominierung gemäß Art. 7 (bis 8:30 Uhr am Tag vor dem Lieferdatum) an beide ÜNB senden. Sollte die nominierte Menge den Betrag der PTRs übersteigen, wird die Nominierung zurückgewiesen. Wird das Nominierungsfenster abgebrochen, wird die übermittelte Nominierung nicht berücksichtigt und alle PTRs werden als nicht nominierte PTRs behandelt.

⁷ Maßgeblich für den Beginn der Entscheidungsfrist der Regulierungsbehörden von 6 Monaten ist der Zeitpunkt des Einganges bei der nationalen Regulierungsbehörde, die den zu genehmigenden Vorschlag zuletzt erhalten hat (vgl. Art. 4 Abs. 9 S. 3 FCA-VO).

⁸ ENTSO-E: European Network of Transmission System Operators for Electricity - Verband der europäischen Übertragungsnetzbetreiber.

Die PTR-Inhaber werden gemäß den anzuwendenden Vergabevorschriften nach Art. 51 der FCA-VO (Harmonisierte Auktionsregeln – HAR⁹) entschädigt (vgl. Art. 6). Faktisch bedeutet dies, dass die nicht nominierte Kapazität dem Day-Ahead-Markt zur Verfügung gestellt und dem Inhaber der PTRs über das UIOSI-Prinzip erstattet wird.

Der für die Nominierung anzuwendende Kommunikationsstandard im Verhältnis zu den Antragstellerinnen richtet sich nach den gültigen Bilanzkreisverträgen bzw. im Fall der Nominierung nach Frankreich nach den Anforderungen des Nominierungstools (vgl. Art. 8).

Der von den Antragstellerinnen ebenfalls vorgeschlagene Einführungszeitplan (vgl. Art. 3) sieht vor, dass der Vorschlag zu Nominierungsvorschriften gemäß den anwendbaren nationalen Regulierungsvorschriften für PTR mit einem Lieferdatum beginnend ab 1. Januar des Jahres nach Genehmigung durch die nationalen Regulierungsbehörden in Kraft tritt. Dieses Datum ist von den ÜNB der Gebotszonengrenze DE/LU – FR auf ihren Internetseiten zu veröffentlichen.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf den Inhalt der Akten und insbesondere den diesem Beschluss angehängten Vorschlag zu Nominierungsvorschriften Bezug genommen.

B.

Der von den Antragstellerinnen eingereichte Vorschlag der ÜNB der Gebotszonengrenze Deutschland/Luxemburg – Frankreich (DE/LU – FR) zu Nominierungsvorschriften für physikalische Übertragungsrechte gemäß Art. 36 FCA-VO wird genehmigt. Der Antrag ist zulässig und begründet. Die Anforderungen an die Ausgestaltung des Vorschlages sind nach Art. 36 sowie den Art. 2, 3, 4 und 6 FCA-VO unter Wahrung der allgemeinen Ziele und Prinzipien der FCA-VO erfüllt.

I. Zulässigkeit des Antrages

Der Antrag ist zulässig. Die gesetzlichen Vorschriften über das Verfahren, auch unter Berücksichtigung der Vorgaben der FCA-VO, sind gewahrt worden.

Die Zuständigkeit der Bundesnetzagentur für die Genehmigung gemäß Art. 36 Abs. 2 FCA-VO ergibt sich aus § 56 Abs. 1 Satz 1 Ziffer 1 EnWG i. V. m. Art. 18 Abs. 3 lit. b und Art. 18 Abs. 5 der Verordnung (EG) 714/2009 (Stromhandels-VO), die der Beschlusskammern zur Entscheidung folgt aus § 59 Abs. 1 Satz 1 EnWG i. V. m. § 56 Abs. 1 Satz 2 und 3 EnWG.

⁹ ACER-Entscheidung 03/2017 vom 02.10.2017

Die Antragstellerinnen haben den zur Genehmigung vorgelegten Vorschlag zu Nominierungsvorschriften mit Eingang am 18.10.2017 fristgerecht bei der Beschlusskammer eingereicht. Der Vorschlag zu Nominierungsvorschriften ist ausreichend mit den Interessenträgern durch die ÜNB konsultiert worden. Es wurde eine Konsultation nach Art. 6 FCA-VO ordnungsgemäß durchgeführt, Stellungnahmen waren im Zeitraum vom 27.06.2017 bis 18.08.2017 möglich. Die Anforderung des Art. 36 Abs. 2 S. 2 FCA-VO nach einer Konsultation gemäß Art. 6 der FCA-VO ist damit erfüllt.

II. Begründetheit des Antrages

Der Antrag ist auch begründet. Der Vorschlag der Antragstellerinnen erfüllt die Vorgaben der Regelungen des Art. 36 FCA-VO und steht im Übrigen im Einklang mit den Zielen der FCA-VO.

Der Vorschlag zu Nominierungsvorschriften erfüllt die Voraussetzungen des Art. 36 Abs. 2 S. 3 FCA-VO, wonach erforderlich ist, dass der Antrag die Berechtigung eines Inhabers von PTRs zur Nominierung von Stromaustausch-Fahrplänen, technische Mindestanforderungen für die Nominierung, eine Beschreibung des Nominierungsverfahrens, einen Nominierungszeitrahmen sowie das Format der Nominierung und der Kommunikation enthält. Die Antragstellerinnen erfüllen diese Voraussetzungen, da sie die vorgenannten Punkte in den Artikeln 4, 5, 6, 7 und 8 des Antrags hinreichend beschreiben.

Abschließend enthält der Vorschlag zu den Nominierungsvorschriften in Art. 3 auch einen den Anforderungen des Art. 4 Absatz 8 FCA-VO entsprechenden und für die Antragstellerinnen verbindlichen Implementierungszeitrahmen.

Die Antragstellerinnen legen auch hinreichend die erwarteten Auswirkungen des Vorschlages zu den Nominierungsvorschriften auf die Ziele der Vergabe langfristiger Kapazität gemäß Art. 3 der FCA-VO dar. Insbesondere dient der Vorschlag zu Nominierungsvorschriften dem Ziel der Förderung eines effektiven langfristigen zonenübergreifenden Handels mit Absicherungsmöglichkeiten für die Marktteilnehmer und trägt durch die verbindlich und einheitlich von allen anzuwendenden Nominierungsvorschriften zur nichtdiskriminierenden, fairen und gleichberechtigten Behandlung aller betroffenen Akteure bei. Auch im Übrigen steht der zur Genehmigung vorgelegte Vorschlag zu Nominierungsvorschriften im Einklang mit den Zielen und Anforderungen der FCA-VO.

Die Beschlusskammer hat keine Stellungnahmen zum Vorschlag zu Nominierungsvorschriften erhalten. Bedenken oder Argumente, die einer Genehmigung des Vorschlages entgegenstehen könnten, sind der Beschlusskammer nicht zu Gehör gebracht worden. Die Beschlusskammer hat auch keine eigenen Anhaltspunkte festgestellt, die gegen eine Genehmigung des Vorschlages zu Nominierungsvorschriften sprechen. Der Antrag wird somit genehmigt.

III. Widerrufsvorbehalt in Tenorziffer 2

Der Widerrufsvorbehalt der Tenorziffer 2 dieser Genehmigung ist notwendig, da die Genehmigung auf Grundlage der zum Genehmigungszeitpunkt vorliegenden tatsächlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen erfolgt und Anpassungen dieser Genehmigung in Zukunft aufgrund sich ändernder tatsächlicher und auch rechtlicher Rahmenbedingungen erforderlich werden können. Insbesondere wäre hier denkbar, dass

- eine Genehmigung der betroffenen Regulierungsbehörden gemäß Art. 31 der FCA-VO an der Gebotszonengrenze Deutschland/Luxemburg – Frankreich die Vergabe finanzieller statt physikalischer Übertragungsrechte vorsieht,
- eine Genehmigung der betroffenen Regulierungsbehörden gemäß Art. 30 der FCA-VO an der Gebotszonengrenze Deutschland/Luxemburg – Frankreich vorsieht, dass keine langfristigen Übertragungsrechte mehr vergeben werden oder dass
- eine Änderungsgenehmigung gemäß Art. 4 Abs. 12 FCA-VO der zuständigen Regulierungsbehörden die Regelungen des genehmigten Vorschlages zu Nominierungsvorschriften ablöst.

Die Regulierungsbehörden der CCR CORE haben auf Basis des Art. 31 Abs. 3 FCA-VO entschieden, dass an der Gebotszonengrenze DE/LU – FR langfristige Übertragungsrechte als PTRs gemäß dem UIOSI - Prinzip vergeben werden. Der Art. 31 Abs. 7 ff. FCA-VO sieht vor, dass eine Überprüfung der an einer Gebotszonengrenze angebotenen langfristigen Übertragungsrechte durch die Regulierungsbehörden auf eigene Initiative oder auf Empfehlung von ACER bzw. gemeinsames Ersuchen aller ÜNB eingeleitet werden kann. Verantwortlich für die Durchführung der Überprüfung sind die ÜNB (Art. 31 Abs. 8 FCA-VO), die gemäß Art. 31 Abs. 10 FCA-VO den Regulierungsbehörden einen Vorschlag zur Beibehaltung oder Änderung der Art langfristiger Übertragungsrechte vorlegen können. Käme es in der Folge zu einer Entscheidung der Regulierungsbehörden, an der Gebotszonengrenze DE/LU – FR abweichend vom genehmigten Status Quo in Zukunft FTRs zu vergeben, würden die vorliegend genehmigten Nominierungsvorschriften für PTRs gemäß Art. 36 FCA-VO obsolet werden.

Zusätzlich eröffnet Art. 30 Abs. 8 FCA-VO den Regulierungsbehörden die Möglichkeit, auf gemeinsames Ersuchen der ÜNB an einer Gebotszonengrenze oder auf eigene Initiative mindestens alle vier Jahre in Zusammenarbeit mit ACER eine Neubewertung der Möglichkeiten der zonenübergreifenden Risikoabsicherung durchzuführen. Im Ergebnis könnte es zu einer Entscheidung der Regulierungsbehörden kommen, dass keine langfristigen Übertragungsrechte mehr an der Gebotszonengrenze DE/LU – FR vergeben werden. In diesem Fall fände auch der Art. 36 bzgl. Nominierungsvorschriften für PTRs keine Anwendung mehr.

Schließlich könnte auch über ein Änderungsverfahren gemäß Art. 4 Abs. 12 FCA-VO, welches sowohl durch die zuständigen ÜNB als auch durch die zuständigen Regulierungsbehörden angestoßen werden kann, weitreichende Änderungen des Vorschlags zu Nominierungsvorschriften beschlossen werden und diese ablösen.

IV. Kosten

Hinsichtlich der Kosten ergeht ein gesonderter Bescheid nach § 91 EnWG.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Beschluss kann binnen einer Frist von einem Monat ab Zustellung Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde ist bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Hausanschrift: Tulpenfeld 4, 53113 Bonn) einzureichen. Es genügt, wenn die Beschwerde innerhalb der Frist beim Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf) eingeht.

Christian Mielke
Vorsitzender

Dr. Jochen Patt
Beisitzer

Jens Lück
Beisitzer

**Vorschlag für Nominierungsvorschriften für physikalische
Übertragungsrechte für die Gebotszonengrenze DE/LU - FR
gemäß Artikel 36 der Verordnung (EU) 2016/1719 der
Kommission vom 26. September 2016 zur Festlegung einer
Leitlinie für die langfristige Kapazitätsvergabe**

12. Oktober 2017

Alle ÜNB der Gebotszonengrenze DE/LU - FR gemeinsam unter Erwägung nachstehender Gründe:

Präambel

- (1) Dieses Dokument ist ein gemeinsam von allen Übertragungsnetzbetreibern der Gebotszonengrenze DE/LU - FR (nachfolgend „**ÜNB**“ genannt) entwickelter Vorschlag zu Nominierungsvorschriften für physikalische Übertragungsrechte (nachfolgend „**Vorschlag**“ genannt) gemäß Artikel 36 der Verordnung (EU) Nr. 2016/1719 der Kommission zur Festlegung einer Leitlinie für die Vergabe langfristiger Kapazität (nachfolgend „**FCA-Verordnung**“ genannt).
- (2) Artikel 31 der FCA-Verordnung sieht vor, dass langfristige gebotszonenübergreifende Kapazitäten den Marktteilnehmern in Form physikalischer Übertragungsrechte (PTR) nach dem UIOSI-Prinzip (Use it or Sell it) oder in Form von Optionen oder Verpflichtungen in Bezug auf finanzielle Übertragungsrechte (FTR) zugeteilt werden. Diese Nominierungsvorschriften gelten nur für die im Rahmen der langfristigen Kapazitätsvergabe erworbenen physikalischen Übertragungsrechte. Der Vorschlag legt die Vorschriften für die Nominierung physikalischer Übertragungsrechte für die Gebotszonengrenze DE/LU - FR dar.
- (3) Diese Nominierungsvorschriften sind Gegenstand einer Konsultation gemäß Artikel 36(2) der FCA-Verordnung. Artikel 6 der FCA-Verordnung fordert, dass bei auf bilateraler oder multilateraler Ebene vorgelegten Vorschlägen mindestens die betroffenen Mitgliedstaaten zu konsultieren sind, und schreibt vor, dass die Konsultation mindestens einen Monat dauern muss. Dementsprechend wurden diese Nominierungsvorschriften zwischen dem 27. Juni 2017 und dem 18. August 2017 konsultiert.
- (4) Diese Nominierungsvorschriften werden den relevanten nationalen Regulierungsbehörden der Gebotszonengrenze DE/LU - FR vorgelegt.
- (5) Sofern diese Nominierungsvorschriften auf nationale Vorschriften verweisen, sind diese nationalen Vorschriften auf der Website der ÜNB angegeben.
- (6) ÜNB an der Gebotszonengrenze DE/LU - FR sind der Ansicht, dass die FCA-Verordnung die Vorlage dieses Vorschlags auf Ebene der Gebotszonengrenzen erlaubt, da Vorschläge zu Nominierungsvorschriften für fahrplanbezogene Stromaustausche zwischen Gebotszonen nicht in Artikel 4 der anwendbaren FCA-Verordnung aufgeführt sind. Die ÜNB erkennen an, dass Artikel 36(3) der FCA-Verordnung allen ÜNB vorschreibt, die Nominierungsvorschriften für alle Gebotszonengrenzen, an denen physikalische Übertragungsrechte angewendet werden, progressiv zu harmonisieren. Die ÜNB beabsichtigen daher, das Potenzial und Erfordernis einer Harmonisierung dieser Vorschriften unter Berücksichtigung ihrer technischen Natur fortlaufend zu prüfen.
- (7) Diese Nominierungsvorschriften tragen allgemein zum Erreichen der Ziele gemäß Artikel 3 der FCA-Verordnung bei. Diese Nominierungsvorschriften dienen insbesondere dem Ziel der Förderung eines effektiven langfristigen gebotszonenübergreifenden Handels mit langfristigen Absicherungsmöglichkeiten für die Marktteilnehmer durch die Förderung eines transparenten Rahmenwerks für die Nominierungsvorschriften für physikalische Übertragungsrechte.
- (8) Diese Nominierungsvorschriften tragen zu der Bereitstellung eines nichtdiskriminierenden Zugangs zu langfristiger gebotszonenübergreifender Kapazität bei, indem sie den Prozess der Nominierung bereits in langfristigen Auktionen zugewiesener physikalischer Übertragungsrechte (oder den Prozess der Übertragung dieser Rechte gemäß Artikel 44 der FCA-Verordnung) ausführlich darlegen.
- (9) Darüber hinaus gewährleisten diese Nominierungsvorschriften eine faire und diskriminierungsfreie Behandlung aller beteiligten Parteien, weil die definierten Regeln von allen Parteien angewendet werden müssen.

- (10) Hinsichtlich des Ziels der Transparenz und Zuverlässigkeit der Informationen zur langfristigen Kapazitätsvergabe enthalten diese Nominierungsvorschriften Bestimmungen für den notwendigen Informationsaustausch zwischen dem Inhaber der Übertragungsrechte und der verwendeten Nominierungsplattform für die Ausführung der Nominierung.
- (11) Zusammenfassend fördern diese Nominierungsvorschriften die allgemeinen Zielsetzungen der FCA-Verordnung zum Wohl aller Marktteilnehmer und Stromendverbraucher.

LEGEN DEN FOLGENDEN VORSCHLAG ALLEN REGULIERUNGSBEHÖRDEN DER GEBOTSZONENGRENZE DE/LU - FR VOR:

TITEL 1

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

Gegenstand und Anwendungsbereich

1. Dieses Dokument enthält die Bestimmungen und Bedingungen für die Nominierung physikalischer Übertragungsrechte für die Gebotszonengrenze DE/LU - FR.
2. Die langfristige Kapazitätsvergabe an der Gebotszonengrenze DE/LU - FR erfolgt durch die explizite Vergabe physikalischer Übertragungsrechte im Rahmen von Auktionen gemäß den harmonisierten Vergabevorschriften für langfristige Übertragungsrechte nach Artikel 51 der FCA-Verordnung (im weiteren Verlauf "Vergabevorschriften" genannt) und dem Vorschlag für die Gestaltung langfristiger Übertragungsrechte gemäß Artikel 31 der FCA-Verordnung (im weiteren Verlauf „Gestaltung langfristiger Rechte“ genannt).
3. Diese Nominierungsvorschriften verpflichten die Inhaber physikalischer Übertragungsrechte sowie wo zutreffend ihre Gegenparteien und in ihrem Auftrag handelnde autorisierte dritte Parteien gemäß der FCA-Verordnung und den anzuwendenden harmonisierten Vergabevorschriften für langfristige Übertragungsrechte nach Artikel 51 der FCA-Verordnung.

Artikel 2

Begriffsbestimmungen und Auslegung

1. Für in diesen Nominierungsvorschriften verwendete Begriffe gelten die Begriffsbestimmungen des Artikels 2 der Verordnung (EG) Nr. 714/2009, des Artikels 2 der Verordnung (EG) Nr. 2013/543, des Artikels 2 der Verordnung (EG) 2015/1222, des Artikels 2 der Richtlinie 2009/72/EG, der Verordnung (EU) Nr. 2016/1719 und der anzuwendenden harmonisierten Vergabevorschriften für langfristige Übertragungsrechte.
2. Zusätzlich gelten folgende Definitionen:
 - (a) "ECAN" bezeichnet das ENTSO-E-Standardprotokoll für das Kapazitätsvergabe- und Nominierungssystem;
 - (b) "PTR" bezeichnet die physikalischen Übertragungsrechte gemäß der Definition in den Vergabevorschriften und der Gestaltung langfristiger Rechte";
 - (c) "RTE" bezeichnet Réseau de Transport d'Electricité, den französischen ÜNB;
 - (d) "Amprion" bezeichnet einen deutschen ÜNB;

- (e) "TransnetBW" bezeichnet einen deutschen ÜNB;
 - (f) "XML" steht für Extensible Markup Language.
 - (g) "IS-Vorschriften" bezeichnet die Informationssystem-Vorschriften für die Nominierung nach RTE
3. Darüber hinaus gilt in diesen Nominierungsvorschriften Folgendes, sofern nicht anders durch den Kontext gefordert:
- a) Der Singular schließt den Plural mit ein und umgekehrt;
 - b) Die Überschriften dienen lediglich der Orientierung und haben keine Auswirkung auf die Interpretation der Nominierungsvorschriften;
 - c) Verweise auf einen „Artikel“ sind, sofern nicht anderweitig angegeben, Verweise auf einen Artikel in diesen Nominierungsvorschriften und
 - d) Jeder Verweis auf gesetzliche oder verordnungsrechtliche Regelungen, Richtlinien, Anordnungen, Urkunden, Gesetze oder andere Rechtsakte umfasst jede Änderung, Erweiterung oder Wiederinkraftsetzung derselben, solange diese anwendbar sind.

Artikel 3

Datum des Inkrafttretens und Anwendbarkeit

Diese Nominierungsvorschriften treten gemäß den anwendbaren nationalen Regulierungsvorschriften in Kraft. Die in diesem Dokument beschriebenen Vorschriften gelten für PTR mit einem Lieferdatum beginnend ab dem 1. Januar des Jahres nach der Genehmigung durch die betreffenden nationalen Regulierungsbehörden gemäß Artikel 4 der FCA-Verordnung. Dieses Datum wird von den ÜNB der Gebotszonengrenze DE/LU - FR auf ihrer Website veröffentlicht.

TITEL 2

Nominierungsvorschriften

Artikel 4

Berechtigung eines Inhabers physikalischer Übertragungsrechte zur Nominierung von Strom austausch-Fahrplänen

- 1. Um physikalische Übertragungsrechte nach Amprion zu nominieren, müssen die Inhaber der PTR einen Bilanzkreisvertrag mit Amprion abgeschlossen haben.
- 2. Um physikalische Übertragungsrechte für TransnetBW nach nominieren, müssen die Inhaber der PTR einen Bilanzkreisvertrag mit TransnetBW abgeschlossen haben.
- 3. Um physikalische Übertragungsrechte nach RTE zu nominieren, müssen die Inhaber der PTR einen Bilanzkreisvertrag mit RTE abgeschlossen haben und Unterzeichner der französischen Import-/Exportvorschriften in der aktuell anwendbaren Fassung sein.

Artikel 5

Technische Mindestanforderungen an die Nominierung

- 1. Als technische Mindestanforderung für die Nominierung nach Amprion und TransnetBW ist ein Internetzugang erforderlich.

2. Um physikalische Übertragungsrechte nach RTE zu nominieren, greifen die PTR-Inhaber auf das RTE-Informationssystem zu und nutzen die ihnen zur Verfügung gestellten Anwendungen gemäß den von RTE in den IS-Vorschriften definierten Bedingungen.
3. Das Nominierungstool von RTE ist eine web-basierte Anwendung. Die Mindestanforderungen an die Nominierung nach RTE bestehen daher in einem Internetzugang, einem bestimmten von RTE ausgestellten Zertifikat und einer kompatiblen Internet-Explorer- oder Firefox-Version.

Artikel 6

Beschreibung des Nominierungsprozesses

1. Das "A-zu-A"-Nominierungsprinzip wird für physikalische Übertragungsrechte, welche sich aus der langfristigen gebotszonenübergreifenden Kapazitätsvergabe ergeben, angewendet. Der Teilnehmer A muss die zur Nominierung auf der Export- und Importseite der Gebotszonengrenze DE/LU - FR berechnete Person sein. Die berechtigten Personen müssen ihre Nominierung vor dem Ablauf der Frist für die langfristige Nominierung nach Artikel 7 und gemäß den IS-Vorschriften an beide betroffenen ÜNB senden.

Wie in den *Vergabevorschriften* definiert, übermittelt die *Vergabeplattform* das *Rechtendokument* in Verbindung mit den langfristigen *PTR* an die zur Nominierung berechnete Person.

2. Wenn die übermittelte *Nominierung* das Volumen ihrer vergebenen Rechte gemäß den *Rechtendokumenten* überschreitet, wird die Übermittlung zurückgewiesen.
3. Wenn das *Nominierungsfenster* abgebrochen wird, wird die übermittelte *Nominierung* nicht berücksichtigt und alle *PTR* werden als nicht nominierte *PTR* behandelt. Die Inhaber der *PTR* werden gemäß den anzuwendenden *Vergabevorschriften* nach Artikel 51 der *FCA-Verordnung* entschädigt.

Artikel 7

Nominierungszeiträumen

1. Für die Nominierung physikalischer Übertragungsrechte an der Gebotszonengrenze DE/LU - FR ist eine langfristige Nominierungsfrist bis 8:30 Uhr am Tag vor dem Liefertag anzuwenden.
2. Die zentrale Vergabeplattform muss auf ihrer Website Informationen zu der Nominierungsfrist in Verbindung mit der Nominierung langfristiger *PTR* veröffentlichen. Im Fall von Widersprüchen zwischen den von der zentralen Vergabeplattform veröffentlichten Fristen und den in den gültigen und rechtlich bindenden Nominierungsvorschriften genannten Fristen sind Letztgenannte maßgeblich und die zentrale Vergabeplattform übernimmt keinerlei Haftung für Schäden aufgrund solcher Widersprüche.

Artikel 8

Format der Nominierung und Kommunikation

1. Amprion und TransnetBW unterstützen zwei Arten der Kommunikation gemäß der Definition im Bilanzkreisvertrag:
 - (a) ISDN FTP;
 - (b) InternetMail.

Wenn die vergebene Kapazität physikalisch genutzt wird, muss sie reserviert und nominiert werden. Die Reservierung erfolgt in Excel basierend auf D-1 vor 8:30 Uhr. Die langfristige Nominierung muss in den Day-Ahead-Fahrplan (D-1, 14:30 Uhr) wie im Bilanzkreisvertrag (Aktuell ESS 2.3) definiert integriert werden.

2. Das Nominierungstool von RTE unterstützt zwei Arten der Kommunikation. Nominierungen können:

(a) Manuell hochgeladen oder per E-Mail zugesendet werden;

(b) Oder in eine Webformular-Schnittstelle eingegeben werden.

Das Format der XML-Datei wird durch XSD-Tabellen definiert, die auf der Website von RTE zur Verfügung stehen und es ermöglichen, die Semantik einer XML-Mitteilung zu validieren. Die Struktur basiert auf dem von ENTSO-E zur Verfügung gestellten ECAN-Standard.

TITEL 3

Sonstige Bestimmungen

Artikel 9

Änderung der Nominierungsvorschriften

Jede Änderung der französischen Import-/Exportvorschriften in Verbindung mit der Nominierung von PTR für die Gebotszonengrenze DE/LU - FR mit Auswirkung auf die vorliegenden Nominierungsvorschriften muss zu einer Änderung der vorliegenden Nominierungsvorschriften führen.

Artikel 10

Sprache

Die Referenzsprache für diese Nominierungsvorschriften ist Englisch. Sofern die ÜNB diese *Nominierungsvorschriften* in ihre Landessprache(n) übersetzen müssen, muss der betreffende ÜNB im Fall von Widersprüchen zwischen der von den ÜNB gemäß Artikel 4(13) der FCA-Verordnung veröffentlichten Version und einer Version in einer anderen Sprache den zuständigen nationalen Regulierungsbehörden entsprechend den nationalen gesetzlichen Vorschriften eine aktualisierte Übersetzung der Nominierungsvorschriften vorlegen.